



**University of  
Zurich**<sup>UZH</sup>

**Zurich Open Repository and  
Archive**

University of Zurich  
University Library  
Strickhofstrasse 39  
CH-8057 Zurich  
[www.zora.uzh.ch](http://www.zora.uzh.ch)

---

Year: 2012

---

## **Was bringt das neue Rechnungslegungsrecht?: Der neu gefasste 32. Titel des OR wirft viele Fragen auf**

Pfaff, Dieter ; Glanz, Stefan

Abstract: Das Parlament hat das veraltete Recht zur Rechnungslegung überarbeitet. Die Autoren begrüßen die Modernisierung, hadern aber mit der Regelung von stillen Reserven und Konzernrechnung.

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-67812>

Newspaper Article

Originally published at:

Pfaff, Dieter; Glanz, Stefan. Was bringt das neue Rechnungslegungsrecht?: Der neu gefasste 32. Titel des OR wirft viele Fragen auf. In: Neue Zürcher Zeitung, 134, 12 June 2012, 35.

# Was bringt das neue Rechnungslegungsrecht?

*Der neu gefasste 32. Titel des OR wirft viele Fragen auf. Von Dieter Pfaff und Stephan Glanz*

Das Parlament hat das veraltete Recht zur Rechnungslegung überarbeitet. Die Autoren begrüßen die Modernisierung, hadern aber mit der Regelung von stillen Reserven und Konzernrechnung.

Die eidgenössischen Räte haben die Rechnungslegungsvorschriften im Obligationenrecht (OR) am 23. Dezember 2011 verabschiedet. Nicht unwahrscheinlich ist, dass der Bundesrat sie auf den 1. Januar 2014 in Kraft setzen wird. Laut den Übergangsbestimmungen sind sie erstmals für Geschäftsjahre anzuwenden, die zwei Jahre – was die Konzernrechnung betrifft, sogar drei Jahre – danach beginnen. «Das veraltete Rechnungslegungsrecht wird umfassend revidiert», hiess es in der Botschaft von 2007, und wirklich hat es seit Bestehen des OR noch keine solche Novelle gegeben. Man erinnert sich: «Erhöhung der Transparenz» (Botschaft 1983) war ein Hauptziel der letzten Aktienrechtsrevision gewesen, die erst 1991 verabschiedet werden konnte. Mit Erfolg hatten Unternehmensvertreter darauf gedrängt, die stillen Willkür-Reserven unlimitiert beizubehalten und die damals neue Konzernrechnungspflicht zurückzustutzen – Geschichte wiederholt sich.

## Erster Vorentwurf fiel durch

Nachdem die aktienrechtlichen Vorschriften hinter den EG-Richtlinien zurückgeblieben waren, hat eine Expertenkommission 1998 den Vorentwurf eines Rechnungslegungs- und Revisionsgesetzes erarbeitet. In der Vernehmlassung ist dieser wegen des Vorwurfs generell mangelnder Ausrichtung auf KMU aber «durchgefallen».

Dann haben Internationalisierung, Technikrevolution und (ausländische) Problemfälle eine erneute Modernisierung des materiellen Aktienrechts nahegelegt. Dabei ist das – heute längst revidierte – Revisionsrecht abgespalten worden. Vorentwurf und Begleitbericht zum «Aktien- und Rechnungslegungsrecht im OR» erschienen dann 2005. In der Vernehmlassung wurde – neben den bekannten Stichworten stille Reserven und Konzernrechnung – kritisiert, mehr Transparenz führe zu Widersprüchen,

wenn zugleich Steuerneutralität angestrebt werde. Entwurf und Botschaft gingen 2007 ans Parlament, welches das materielle Aktienrecht absplattete, das sich wegen der «Abzockerei»-Initiative unabsehbar zu verzögern drohte. Aber auch bei der Rechnungslegung geriet die Differenzbereinigung beider Räte zum Tauziehen.

## Milchbüchlein bis 500 000 Fr.

Die Neuerungen, die nun resultieren, seien in groben Strichen umrissen.

► Die anwendbaren Vorschriften hängen nicht mehr von der Rechtsform ab, sondern von der wirtschaftlichen Bedeutung eines Unternehmens oder sonst einer juristischen Person. Der neu gefasste 32. Titel löst die bisherigen aktienrechtlichen Vorschriften ab.

► Einzelunternehmen und Personengesellschaften mit Umsatzerlös unter 500 000 Franken sowie bestimmte Vereine und Stiftungen müssen lediglich Einnahmen und Ausgaben sowie die Vermögenslage aufzeichnen («Milchbüchlein») – wobei sinngemäss auch für sie die Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung gelten, die präzisiert wurden.

► Im Mittelpunkt des Ganzen steht die Jahresrechnung der KMU (einschliesslich jener, die bisher nicht aufs Aktienrecht verwiesen waren). Hier gelten Mindestvorschriften, die nun viel systematischer und detaillierter sind als bisher: Legaldefinitionen regeln Bilanz, Erfolgsrechnung, deren jeweilige Elemente sowie den Anhang (Einzelunternehmen und Personengesellschaften müssen keinen Anhang erstellen). Es gibt eine Mindestgliederung mit verbindlicher Reihenfolge und Zuordnung, viele neue Separatausweise beziehungsweise Angaben im Anhang sowie Generalklauseln für zusätzliche Posten.

Alle Vermögenswerte und Verpflichtungen sind nun ausdrücklich in der Bilanz zu erfassen, falls bestimmte Voraussetzungen vorliegen. Eingeführt wurde ein Wahlrecht zur Marktbewertung jeglicher Aktiven; im Übrigen gilt weiterhin das Niederstwertprinzip, das präzisiert wurde. Die Einzelbewertung ist mit Ausnahmen vorgesehen. Der Katalog der Grundsätze ordnungsmässiger Rechnungslegung (GoR) wurde ergänzt. Bei alledem muss keine «fair presentation» vermittelt werden (Bild

der tatsächlichen Verhältnisse) wie international üblich, denn diese gebietet im Zweifel Informationen, die über das ausdrücklich Verlangte hinausgehen, und ist an einen «anerkannten Standard» gekoppelt.

## «Toter Buchstabe» entfällt

► Unternehmen, die zur ordentlichen Revision verpflichtet sind (die entsprechenden Schwellenwerte wurden zugleich deutlich auf «20/40/250» erhöht), müssen zusätzlich eine Geldflussrechnung und einen strukturierten Lagebericht erstellen (jeweils Legaldefinitionen) sowie im Anhang mehr Angaben machen. Der bisherige Jahresbericht, ein «toter Buchstabe», entfällt für die übrigen Rechtsträger.

► Eine kleine Gruppe von Rechtsträgern, nämlich Gesellschaften mit kotierten Beteiligungstiteln, Genossenschaften mit mindestens 2000 Genossenschaftern sowie zur ordentlichen Revision verpflichtete Stiftungen, muss einen zusätzlichen Einzelabschluss nach einem «anerkannten Standard» erstellen (duale Rechnungslegung). Wo eine Konzernrechnung obligatorisch ist, muss (nur) diese nach dem Standard erstellt werden. Die Kotierungsreglemente der SIX Swiss Exchange und der Berne Exchange sehen dies sowieso längst vor, wobei sie die Auswahl von Standards beschränken. Näheres wird nun eine bundesrätliche Verordnung regeln. Fraglich ist, inwieweit OR-Angabepflichten auch für den Abschluss nach Standard gelten.

► Die Schwellenwerte für die obligatorische Konzernrechnung wurden so erhöht, dass sie gleich lauten wie für die ordentliche Revision. Die Pflicht gilt aber nur für juristische Personen und wenn eine der ausdrücklich genannten Rechtspositionen zur «Kontrolle» vorliegt. Nicht-AG/-GmbH können ihre Pflicht in bestimmten Fällen auf ein «kontrolliertes» Unternehmen übertragen. Wie bisher fehlen leider Mindestvorschriften für die Konzernrechnung. Das Parlament gab der bisherigen Regellosigkeit den Vorzug gegenüber der generellen Befolgung eines «anerkannten Standards» (gemäss Vorlage). Ist kein solcher verlangt, gelten nur die GoR.

Das könnte mit befürchteten zusätzlichen Vermögenssteuern zusammenhängen. Für Gewinn- und Kapitalsteu-

ern ist die Konzernrechnung irrelevant. Zur Selbstinformation ist sie nötig.

► Überall kann eine qualifizierte Minderheit – die Voraussetzungen variieren – Geldflussrechnung, Lagebericht und Mehrangaben, den zusätzlichen Abschluss nach «anerkanntem Standard» oder die Konzernrechnung (auch nach «anerkanntem Standard») verlangen. Das ist unter Umständen ein wirkungsvoller Kompromiss.

### Grosszügige stille Reserven

Ein schweizerischer Wesenszug sind stille Reserven. Wenn es um «nackte Zahlen» geht, kommen sie unweigerlich ins Spiel. Was die Jahresrechnung betrifft, hielt es die Vorlage für angezeigt, entsprechende «escape clauses» nicht nur beizubehalten, sondern grosszügiger zu formulieren als bisher. Die Ermächtigung zu Willkür-Reserven ist unvereinbar mit den erneuerten Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften, den GoR und dem deklarierten Ziel der «zuverlässigen Beurteilung» (die Bewertung darf diese nicht verhindern, heisst es noch ausdrücklich). Man muss Peter Bockli zustimmen, der hier eine «Kapitulation vor den Befürwortern einer überbordenden Stille-Reserven-Praxis» (und die Glaubwürdigkeit des Schweizer Gesetzgebers gefährdet) sieht, aber auch vor den Straftatbeständen Urkundenfälschung – die Jahresrechnung ist nach steter Rechtsprechung eine Urkunde – und versuchter Steuerhinterziehung warnt.

Will man die in der Botschaft zugesagte «Steuerneutralität» erreichen, zugleich aber den anspruchsvollen Definitionen von Aktiven beziehungsweise Verbindlichkeiten und den Bewertungsregeln genügen, ist man fast gezwungen, neue stille Reserven zu bilden (bei der Marktbewertung lässt das Gesetz Schwankungsreserven zu). Das Steuerrecht seinerseits kennt bewährte Regeln für Abschreibungen, Rückstellungen und anderen «geschäftsmässig begründeten» Aufwand, die aufs neue OR nicht abgestimmt sind. Mit den bisherigen eher rudimentären Vorschriften waren sie verträglich. Damit stellen sich ungelöste Fragen zur «umgekehrten Massgeblichkeit». Nachdem also Anreize zu Willkür-Reserven fortbestehen, aber Ausweise und Angaben relevanter und detaillierter werden, ist zu befürchten, dass der Fiskus reagieren wird. Besser hätte man das Massgeblichkeitsprinzip auf den Prüfstand gestellt.

### Fragezeichen Verständlichkeit

Ein weiteres Fragezeichen ist beim Verständnis der neuen Vorschriften zu setzen. Die Konzepte sind mit einer gewissen Folgerichtigkeit den IFRS entlehnt, bleiben aber mangels zugehöriger Konkretisierungen – trotz grosser Tragweite

– vielfach abstrakt. Mitunter ist auch der Wortlaut nicht schlüssig oder wird in der Botschaft widersprüchlich kommentiert. Für KMU und ihre Treuhänder dürfte die Umsetzung oft eine Herausforderung bedeuten. Das erhöht die Risiken der Wirtschaftsprüfer. Im Rahmen der eingeschränkten Revisionen müssen sie ihre Detailprüfungen ausdehnen – jedoch haben Gesellschaften mit bis zu zehn Vollzeitstellen unterdessen meist keine Revisionsstelle mehr. Vielleicht hätte man die Jahresrechnung im Einzelnen doch auf Verordnungsebene regeln sollen. Jedenfalls könnte es vermehrt zu Gerichtsfällen kommen.

Zusammenfassend ist als positiv zu bewerten, dass die Praxis in der Schweiz – von den stillen Reserven und der Konzernrechnung abgesehen – einen Modernisierungsschub erfahren wird. Zu Schwierigkeiten wird führen, dass Entscheidungsrelevanz für Stakeholder und Massgeblichkeit – Letztere übrigens auch für den Kapitalschutz – nicht im selben Atemzug erreichbar sind. Das konsequente Minderheitsrecht auf höherwertige Information ist recht mutig, aber kein Ausweg.

---

Prof. Dr. **Dieter Pfaff** ist Direktor des Instituts für Betriebswirtschaftslehre der Universität Zürich. Dr. **Stephan Glanz**, dipl. Wirtschaftsprüfer, ist Partner der Dr. Glanz & Partner GmbH.